

Bekleidungs-gewerkschaft

GESCHÄFTSSTELLE VENLOER WALL 9
FERNSPRECHER NUMMER 57259

Erscheint alle 14 Tage Samstags u. kostet durch die Post
1,00 RM für das Vierteljahr - Anzeigenpr. für die sechs-
gesp. Colonietzelle 20 Pf. Stellungsuche u. -Angebote
kosten die Hälfte - Geldsend. : Postcheckk. 3596 Köln

Organ des Verbandes christl. Arbeitnehmer
des Bekleidungs-gewerbes
und des Berufsverbandes christl. Hutarbeiter

Nummer 3

Köln, den 7. Februar 1931

28. Jahrgang

Das Gebot der Stunde

Eine bedeutsame Kundgebung der christl. Gewerkschaften

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hielt vor einigen Tagen eine von Vertretern aller angeschlossenen Verbände besuchte Hauptvorstandssitzung ab.

Dieselbe befaßte sich u. a. mit der gegenwärtigen außerordentlich ernsten Gesamtlage. Die gewerkschaftliche Aufgabe, gerade in der Gegenwart verstärkt tätig zu sein, für die Erhaltung des Reallohns mit dem Ziel einer Steigerung desselben, wurde erneut bekräftigt und in den Vordergrund gestellt. Auch wurden, in Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse, besondere Maßnahmen, vor allem auf dem Gebiete der Arbeitszeit, für notwendig erachtet, um eine Mehr-einstellung von Arbeitskräften zu erreichen. Mit Nachdruck und in voller Übereinstimmung brachten die anwesenden Vertreter zum Ausdruck, daß vor allem in dieser Zeit alle von wahren Verantwortungsgefühl für Volk und Staat besetzten Kreise mehr zusammenarbeiten müßten. Diese Gemeinschaftsarbeit sollte in erster Linie die Hebung und Befestigung der Wirtschaft zum Ziele haben. Insbesondere sei auch — ungeschadet natürlicher Gegensätze — verstärktes Zusammenwirken zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften erforderlich.

Folgende Verlautbarung, deren Punkte als Grundlage für ein Zusammenwirken aller, denen die Rettung des Ganzen am Herzen liegt, gelten können, wurde angenommen:

„Die gegenwärtige Krise unseres Wirtschaftslebens, die das gesamte Volksleben bedroht, verlangt von allen maßgebend Beteiligten Maßnahmen, die über das bisher Unternommene hinaus die Stetigkeit des Wirtschaftsverlaufs und damit die Ordnung des Volkslebens gewährleisten.“

Die christlichen Gewerkschaften, geleitet von der Verantwortung für eine gesunde und fortschrittliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterschaft, erklären wiederholt, jedoch angesichts der zu einer Katastrophe treibenden Verhältnisse mit erhöhter Eindringlichkeit, ihre Bereitwilligkeit, sich selber voll in den Dienst solcher Maßnahmen zu stellen. Sie halten die sofortige Erfüllung insbesondere folgender Aufgaben für notwendig:

1. Vermeidung jeder weiteren Beunruhigung des Wirtschaftslebens. Es muß auf allen Seiten der gute Wille herrschen, Kämpfe zwischen den am Arbeitsvertrag beteiligten Parteien durch rechtzeitige Verständigung über Lohn und Arbeitszeit hintanzubehalten;

2. Entlastung der Wirtschaft durch Vereinfachung des behördlichen Apparates in Reich, Staat und Gemeinde, sowie durch verstärkte Selbstverwaltung in der amtlichen Sozialpolitik. Inangriffnahme und enschiedene Durchführung der Reichsreform;

3. Weltweitgehende Ausschaltung der Doppelverdiener, sowohl in der Privatwirtschaft wie auch in der öffentlichen Verwaltung;

4. Überwindung der schwerwiegendsten Ursachen der Volks- und Wirtschaftskrisen durch eine der Leistungskraft des deutschen Volkes entsprechende Regelung der Reparationen; die heute geltende Regelung hat sich längst als undurchführbar und schädlich erwiesen, sie bildet einen Herd internationaler wirtschaftlicher und politischer Krisen;

5. Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes durch planmäßige und beschleunigte Welterhebung des Preisabbaues; dieser darf sich nicht nur auf die Erzeugnisse und Leistungen der freien Wirtschaft erstrecken; die Betriebe der öffentlichen Hand (Reichsbahn, Reichspost und sonstige Verkehrsleistungen, Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung) müssen in ihren Tarifen der Linie des allgemeinen Preisabbaues folgen;

6. Berringerung der Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis durch Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher und Beseitigung zu hoher Aufschläge des Handels;

7. eine Wirtschaftspolitik, die, unter Vermeidung der Bevorzugung einzelner Wirtschaftsklassen, den Erfordernissen der gesamten Volkswirtschaft, sowohl durch Stärkung des Innenmarktes wie durch Förderung der Ausfuhr, dient und sich stärker auf die Selbsthilfe der Beteiligten stützt;

8. allgemeine Senkung der Zinssätze und Bankprovisionen, sowie der Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen;

9. Zurückdrängung ungefundener Aufblähung des deutschen Schuldwesens auf ein den Notwendigkeiten eines aufstrebenden Volkstiebes entsprechendes Maß.

Die christlichen Gewerkschaften fordern alle, die gleichen Sinnes sind, auf, sich mit ihnen zur Rettung von Wirtschaft, Volk und Nation zusammenzuschließen.“

Kanzler Dr. Brüning vor den Christlichen Gewerkschaften / Gegen die Chaospolitik der Gemeinschaftsgedanken

Die große Messehalle im Rheinpark zu Köln, die über 6000 Personen faßt, war lange vor Beginn der Versammlung am Morgen des 25. Januar überfüllt. Hunderte von Einladungsbegehrenden mußten zurückgewiesen werden, weil kein Platz mehr für sie vorhanden war. Der Kanzler wurde beim Erscheinen stürmisch begrüßt. Die Kleinkundgebung wurde von Kartellsekretär, Kollegen Ubers, mit einer kurzen Ansprache eröffnet. In groß angelegter freier Rede führte

Reichskanzler Dr. Brüning

einleitend aus, daß es außerordentlich schwer sei, in weitesten Kreisen des deutschen Volkes Uebereinstimmung über die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu erzielen. Die Weltwirtschaftskrise, lange befürchtet, dann eigentlich vergessen, weil sie nicht wie sonst normalerweise sehr schnell nach dem Kriege gekommen ist, ist jetzt anderthalb Jahren sichtbar und ist seit Monaten in voller Bedeutung akt geworden. Die Rohstoffpreise, agrarische Waren, Metalle, Rohmetalle und Kolonialwaren sind in wenigen Monaten so rapide gestiegen, daß sie von einem weit über dem Wertniveau liegenden Stande zu einem großen Teile erheblich unter die Wertpreisstufe gefallen sind. Die Fertigwaren sind nur langsam, und die Preise für die Lebenshaltung ebenfalls nur zögernd dieser rapiden Entwicklung gefolgt. Das ergab für eine Reichsregierung eine besonders schwierige Aufgabe.

Denn mit dem

Stinken der Agrarpreise

auf der ganzen Welt kam mit einem Mal eine Situation für die deutsche Landwirtschaft, die die Gefahr mit sich brachte, daß ein ganz großer Teil der deutschen Landwirtschaft in kürzester Zeit völlig zusammenbrechen und massenhaft neue auf dem Lande entwürzelte Flüchtlinge weiter auf den Arbeitsmarkt drücken würden. Deswegen mußten wir zunächst daran gehen, der Landwirtschaft zu helfen, soweit wie es ging. Das heißt, wir konnten nicht etwa den Preis der landwirtschaftlichen Produkte auf einem Stande halten, wie er in den Jahren 1927—1929 gewesen ist, sondern wir konnten nur das Heruntergehen der deutschen landwirtschaftlichen Preise im Verhältnis zum Sturz auf dem Weltmarkt im Tempo langsam mildern. Das war die erste Aufgabe. Die zweite Aufgabe aber bestand darin, an ein Angelegen der Fertigwarenpreise an die Preise der landwirtschaftlichen und der gesamten Produktion heranzugehen. Dazu war es nötig, zu einer Senkung der Herstellungskosten zu kommen; aber diese Senkung der Herstellungskosten wird vielfach so aufgefaßt, als ob sie in einer einseitigen und ausschließlichen Herabsetzung der Löhne bestehen müßte. Wir machen ferner jetzt die Erfahrung aus einer Reihe von Gebieten, daß wir beim höchsten Stande der Belastung der sozialen Lasten zum großen Teil erst heute anlangen, d. h. noch nicht angekommen sind. Und das wiederum in einem Augenblick, wo die öffentlichen Kassen leer sind, und wo die allergrößten Schwierigkeiten für die Finanzierung der notwendigen öffentlichen Aufgaben sich ergeben. Glauben Sie mir, wenn man angesichts täglicher neuer derartiger bitterer Entdeckungen nicht Gottvertrauen und ruhige Nerven hätte, dann würde es unmöglich sein, diese Arbeit monatelang mit ungebrochenem Mut Tag für Tag fortzusetzen. (Sehr richtig! Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Meine Mitarbeiter und ich für nicht die schärfste Agitation, die Aufpeitschung der Massen, Verleumdungen jeder Art, denn das, worum wir kämpfen, ist die wirkliche Schicksalsstunde unseres Vaterlandes, und der Kampf geht diesmal um die Wahrheit,

endlich einmal nach sechzehn Jahren! (Bravo!) Nur wer die Wahrheit hören will und wer sie hören kann, der wird in der Lage sein, trotz aller bitteren Erscheinungen, trotz aller Verdunkelung des Horizonts des deutschen Volkes den Glauben zu haben an die Zukunft und Mut zu fassen für die Gegenwart. (Bravo!)

Es kommt darauf an, und das muß die Aufgabe für alle Zukunft der Politik in unserem Vaterlande sein: Zwar einen ganz klar durchdachten und überlegten Plan nicht auf drei Monate, sondern

für ein Jahrzehnt

zu haben und alle Maßnahmen des Augenblicks und der nächsten Zukunft auf die großen Gesichtspunkte und Linien dieses Planes einzustellen; aber wirft man diesen Plan, insgesamt auf einmal heraus, dann ist allem Anschein nach bei uns in Deutschland nicht weiterzukommen.

Wir befinden uns in einer wirtschaftlichen Krise, weil wir uns gleichzeitig in einer starken politischen Krise befinden. Und diese Krise ist nicht zu Ende. Sie ist auch

nicht beschränkt auf Deutschland,

sondern es ist eine gewisse Krise der Demokratie und des Parlamentarismus. Und viele haben vergessen oder überhaupt nicht gewußt, was eigentlich Demokratie ist. (Sehr richtig!)

Solange wie die Zeit da war, daß man mit Hilfe der Inflation verteuern konnte aus dem Notenreservoir, was tagtäglich neu geschaffen wurde, und solange man durch die zu stark erbobenen Goldreserven des Jahres 1924 überall in Reich, Ländern und Gemeinden reiche Heberhöhlen hatte, aus denen man auch jeden Tag neue Geschenke machen konnte, da wurde die Demokratie von vielen als etwas sehr Schönes und sehr Angenehmes empfunden. In dem Augenblick, wo dieser vorübergehende glückliche Zustand aufhörte, da merkte man immer stärker, wie sich viele Menschen fortschreitend vom demokratischen Gedanken und vom System des Parlamentarismus abwandten. Und so kommt es, daß man heute viele Menschen sieht, die einem nicht ganz unbekannt sind von früher, die einmal Demokraten waren, sogar Heberdemokraten, sogar Revolutionäre von links, und sich heute auf einmal ganz rechts befinden. (Sehr gut!)

Und nun kommt es darauf an, für die Demokratie zu kämpfen.

Und dieser Kampf wird von der jetzigen Reichsregierung unter allen Umständen fest, ruhig und entschlossen, ohne große Heberrien durchgeführt werden. (Bravo!) Wir sind nicht in der Lage, alle unsere Ziele so häufig und mit so ungeheurerem Wortschwall im Munde begreifen und verteidigen zu können, wie andere das in der Lage sind. Trotzdem ist es häufig „freundliche Empfänger“ in den verschiedenen Städten unseres Vaterlandes habe, glaube ich mich doch nicht zu täuschen, wenn ich sage, das deutsche Volk hat einen ganz tiefen Instinkt dafür, was in entscheidenden Augenblicken, wo man sich nahe dem Abgrunde fühlt, an Taten notwendig ist.

Das deutsche Volk ist doch nicht so unpolitisch, wie man es im Ausland annimmt und wie manche politische Führer es gern haben möchten. Es ist viel reifer, als wir viele große Politiker in Deutschland es sich vorstellen. Das Spiel im Parlament, zu Beginn des Parlaments einige hundert Agitationsanträge einzubringen, die dann gewöhnlich einige hundert Millionen oder eine oder zwei Milliarden Mark neuer Ausgaben bedeuten, nur weil man Agitation machen will, das muß endlich durch Maßnahmen des Reichstages selbst zu einem Ende gebracht werden.

(Bravo.) Man ist nicht Abgeordneter in einer Demokratie, um Anträge einzubringen, die dann eine Regierung abzuwehren hat, so wie es in der Vorkriegszeit der Fall gewesen ist.

Sondern man ist Abgeordneter, um seinen Wählern die Wahrheit und die Wirklichkeit zu sagen (Sehr richtig), ihnen nicht Versprechen zu machen, die man nicht halten kann, und dann braucht man sich nicht durch überflüssige Agitationsmanöver, die den Staat und den Kredit des Reiches jeden Augenblick über den Haufen zu werfen drohen, immer und immer wieder aus einer schwierigen Situation herausziehen. Der Reichstag kann vielmehr als die Regierung selbst die Demokratie retten, nämlich dann, wenn er sich freiwillig eine Selbstbeschränkung in Agitationsmanövern und auch in gewissen Methoden parlamentarischer Verebfamkeit auferlegt.

Die schwebenden Schulden der öffentlichen Hand, Reich, Länder und Gemeinden, und die kurzfristigen Schulden der deutschen Wirtschaft, sie machen nicht nur jede Innenpolitik auf lange Sicht, nicht nur jede weitfassende Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Dauer unmöglich, sondern sie entscheiden auch gleichzeitig jeder energiegelassen, aktiven und weitfassenden Außenpolitik jegliches Fundament.

Diejenigen, die behaupten, wenn man nur die Reparationskassen lösen würde, dann wäre alles in Ordnung in unserem deutschen Vaterlande und dann wären alle diese unpopulären Maßnahmen nicht notwendig, die müssen sich, wenn ich mal nur Gutes von ihnen annehme, aber ganz bestimmt das deutsche Volk. Denn wir sind nicht allein durch die Reparationskassen in unser finanzielles Unglück hineingekommen, sondern wir sind in sehr kurzer Weise auch in diese schwierige Gesamtsituation hineingeraten, weil wir uns eingebildet haben, daß die öffentliche Hand wie der Private trotz eines verlorenen Krieges, trotz ungeheurer Opfer an Geld und Blut besser leben könnten als wir in der Vorkriegszeit. (Sehr richtig.)

Wir haben uns Vauten geleistet, überall, in Reich, Ländern und Gemeinden, die wir uns in der Vorkriegszeit nie hätten leisten können und uns nie leisten hätten. Wir haben Geld ausgegeben, Hunderte von Millionen, für Dinge, die sich nach einiger Zeit als verfehlt und unproduktiv herausgestellt haben, wir haben eine Politik getrieben, die heute so war und morgen so. Jetzt bleibt nichts anderes übrig, als bei jedem Pfennig, den die öffentliche Hand ausgegeben hat, genau so zu verfahren, wie alle Völker, die aus einem verlorenen oder aus einem langen, wenn auch für sie siegreichen Kriege wieder hochgekommen sind, sich nämlich zu überlegen,

was der Pfennig wert ist

und aus der Illusion der Millionen und Milliarden langsam wieder auf das Niveau der Wirklichkeit herunterzukommen. (Bravo!) Wer das anders macht und wer aus irgendeiner Sondermaßnahme dem deutschen Volke Wunder und goldene Berge verspricht, würde in kürzester Zeit Lügen gestraft werden. Und nun, wenn man das macht, dann ist die ganz große Schwierigkeit, dafür zu sorgen, daß durch diese Sparmaße nicht gleichzeitig eine Schädigung gewisser Schichten der Bevölkerung eintritt, die immer auf den Staat, die immer auf eine gewisse öffentliche Hilfe eingestellt sein werden. Man muß daran denken, gleichzeitig Maßnahmen zu treffen, die verhindern, daß trotz solcher Sparmaße der Lebensstandard des Volkes in allen seinen Kreisen nicht zu sinken braucht. Das geht aber nicht so, daß man mit einem Male die Lösung vollkommen niederlegen kann. Keine Regierung ist in der Lage, das Wunderwerk zu vollführen, diese Dinge so klar und auf einmal durchzuführen, wie es das Volk wünschen würde und wie es an sich notwendig wäre, um ein durchschlagendes Verständnis für die Maßnahmen einer Reichsregierung in dieser Form und in dieser Zeit zu bekommen. Es gibt nichts Gefährlicheres, als wenn in einem Volke der Glaube verbreitet ist, als könne der Staat alles und als müsse der Staat alles tun. Dann erst ist die wirkliche Gefahr für das Erliegen und Erlöschen der Lebenskraft einer

Nation gegeben, wenn dieses Volk keinen Glauben mehr an sich selbst, an seine eigene Kraft hat, sondern alles vom Staate erwartet. (Bravo!)

Und in den Dingen, die noch zu machen sind, gibt es einen ganzen Komplex von Fragen, die überhaupt der Staat nicht durch Gesetzgebung, auch nicht einmal zum überwiegenden Teil durch die Verwaltung lösen kann. Mit der Lohnsetzung allein, wie es vielfach auch in Unternehmerkreisen die Meinung ist, die Produktionskosten zu senken und davon ausschließlich her die Wirtschaft wieder anzufurbeln, ist nicht möglich. Der Grad einer Lohnsetzung muß in Einklang stehen selbstverständlich mit der Notwendigkeit, den Absatz zu fördern, den Export zu steigern, aber auch gleichzeitig mit der Aufrechterhaltung der Kaufkraft der Massen der Bevölkerung. Sonst kommt man in denselben Zirkel hinein, in den, auf anderem Wege, durch die übermäßige und überreife Nationalisierung

unser Industrie hineingekommen ist. Alles das ist sehr schwierig, und ich sehe hier gar keine andere Möglichkeit, keine andere Lösung, die durch Gesetz oder durch den Staat mit gesetzgeberischer Gewalt durchgeführt werden könnte. Wir werden in den weiteren Maßnahmen, die unbedingt ergriffen werden müssen, um die gesamte Produktion in Deutschland, landwirtschaftliche und industrielle, in ihren Existenzbedingungen gegeneinander auszugleichen und die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit in lebensfähigen Zustand zum richtigen und geeigneten Anschluß an die Weltwirtschaft zu bringen, fortfahren. Soll es in Deutschland denn nie möglich sein, daß sich auch einmal Arbeitnehmer und Arbeitgeber vom Standpunkt der Solidarität, der gemeinsamen Arbeit zusammenziehen und sich über gemeinsame Maßnahmen unterhalten? Soll es wirklich nicht möglich sein, in einem geistig und ethisch so hochstehenden Volke, wie das deutsche, in einer Schicksalsstunde, in seiner höchsten Not zu einem solchen Zusammenkommen zu kommen? (Bravo!)

Ich rede nicht von einer Arbeitsgemeinschaft (im alten Sinne. Ich rede davon, daß es möglich sein muß, zu überlegen, wie gewisse Fragen, z. B. der Arbeitszeit, zum Ausgleich von schwerwiegenden Nachteilen der Rationalisierung, elastisch von Fall zu Fall und von Gewerbe zu Gewerbe unterschiedlich beraten und gelöst werden können.

Ich bin Gegner jedes Glaubens an eine Katastrophe, aber je mehr man sich überlegt, daß wir jetzt, außer den großen Gründen, in einer Krise uns befinden, in der zu viel produziert

wird und zu wenig gekauft

werden kann, und daß diese Krise sich über die ganze Welt erstreckt, desto mehr muß man sich darüber klar werden, daß man mit gesetzgeberischen Maßnahmen und mit Maßnahmen, auch wenn sie freiwillig vereinbart sind, sich aber nur auf ein Band beziehen, diese ungeheure Gefahr für die ganze Welt allein nicht bannen kann.

Die Rationalisierung, hervorgerufen durch Krieg, durch die Notwendigkeit unserer Industrie, auf dem Weltmarkt wieder eine starke Position zu erlangen, sie hat sicherlich Gewaltiges geleistet, aber es ist doch ebenso heute wohl in allen Kreisen das eine auch feststehend, im gleichen Tempo, in dem durch Maschinen und neue Kapitalinvestitionen Arbeiterlöhne durch dauernde Entlassung von Arbeitern gespart sind, sind die Wohlhabendsten gestiegen, sind die Reichtümer geblieben und kommt vielfach für das industrielle Unternehmen ein Plus überhaupt nicht heraus. Das gibt uns zu denken und muß uns alle gemeinsam zu denken geben. Und es geht nicht, es ist ganz ausgeschlossen.

Daß das Tempo der Rationalisierung noch überhaupt in diesem Umfange weitergeführt werden kann.

Es würde dazu führen, daß immer weitere Kreise dauernd aus der Arbeit ausscheiden, daß die Lasten der öffentlichen Hand, über die sich die Industrie und alle

übrigen Kreise so stark belagern, immer weiter steigen müssen. Und es kommt das Gefährlichste, was es gibt, daß immer mehr Menschen, die wirklich ernsthaft arbeiten wollen, nicht mehr arbeiten können. Und nichts ist gefährlicher, als wenn längere Zeit Menschen, die arbeiten wollen, keine Arbeit finden können. Gewisse Vorgänge, die sich bei einzelnen Tarifverträgen in der kürzlich vergangenen Zeit abgepielt haben, lassen die Sorge aufkommen, als ob nach einem guten Anlauf zur möglichst freiwilligen Verständigung über alle diese Fragen einzelne Kreise aus politischen Gründen von diesem Fortgang friedlicher Vereinbarung und Verständigung nicht viel mehr erwarten. Die Notwendigkeit, durch eine neue Anordnung einzugreifen, ist vom Standpunkt der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und des Staates sicherlich nicht unwahrscheinlich und begründet. Aber ich möchte diese Stelle und diesen Augenblick bedeutsame Auftrieb des Gesamtverbandes der deutschen Gewerkschaften dieser Tage zu appellieren an alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die eines guten Willens sind. Aber an diesen Appell muß ich eine

Warnung

knüpfen. Sollte in Lohnstreitigkeiten politische Ueberlegungen hineinkommen, etwa dazwischen: Es muß das Chaos erst kommen, je schneller es kommt, desto besser, es kann gar nichts schaden, wenn die Arbeiterschaft mal nach in einem Chaos am Boden liegt ein Jahr hinaus, sollte das, wie man munkelt, bei dem einen oder anderen aus politischen Gründen die Auffassung sein, so verziere ich Sie, wird die Reichsregierung alles tun, um auch die Staatsautorität gegenüber solchen Persönlichkeiten zu sichern. (Bravo!) Wir lassen keine Chaospolitik unter dem Mantelchen nationaler Gefinnung zu. Wir haben keine Angst vor Drohungen und Verleumdungen.

Wir sind entschlossen, den Weg des soliden Aufbaues zu gehen, weil wir glauben, daß wir aus unserem deutschen Volke auf diesem Wege auch den Klagen entgegen am schnellsten herausbringen. Die Arbeit entschlossener Führer in der Wirtschaft und in der Arbeiterschaft zur Rettung des deutschen Volkes und zur Erfüllung gewisser Anforderungen, möglichst elastischer Anpassung an neue weltwirtschaftliche und innewirtschaftliche Bedingungen ist meines Erachtens die notwendige Ergänzung für jede erfolgreiche Arbeit einer Reichsregierung.

Ich bin überzeugt, daß sich die Männer finden werden, die die Verantwortung dazu eines Tages in die Hand nehmen werden. Es kommt darauf an, daß Männer, die Mut haben und Verantwortlichkeitsgefühl, sich zusammenfinden aus allen Lagern der Wirtschaft, sich einigen und dann auch den Mut haben, diese Gedanken durch die Öffentlichkeit gegenüber ihren eigenen Anhängern mutig zu vertreten. (Bravo!)

Ich glaube, mancher, der die Gewerkschaften sehr stark in der Vergangenheit kritisiert hat, er sieht vielleicht doch ein, daß es sehr wesentlich ist, für Not- und Schicksalszeiten eines Volkes, verantwortungsvolle Gewerkschaften und besonders verantwortliche Gewerkschaftsführer zu haben. (Bravo!)

Ich weiß, daß diese Männer auch auf der anderen Seite da sind. Mögen sie sich finden und mögen sie mit den Führern der übrigen Wirtschaft gemeinsam mit der Reichsregierung an dem Wollen der schweren, aber großen und zukunftsreichen Aufgabe arbeiten. Denn erst dann können wir eine

Außenpolitik

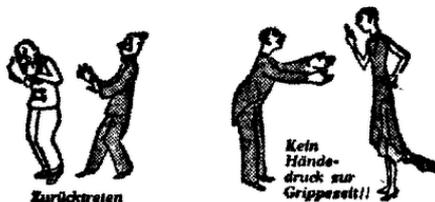
treiben, die heute populär ist und die vielfach gefordert wird, für die leider nur die Grundlagen nicht vorhanden sind. Uns zu zwingen, aus innerpolitischen Gründen an einem bestimmten Datum eines nächsten Monats die Revisionforderung anzunehmen, das wird nicht gelingen, das werden wir unter allen Umständen ablehnen. Die Kosten, die dem deutschen Volke aufgebürdet sind, sind auf die Dauer nicht zu ertragen. Aber um den Kampf zu führen zur Verständigung über neue Lösungen, die die Wirtschaft der ganzen Welt befruchten können und befrucht

Grippe

Wie jedes Jahr um diese Zeit beginnt nach den Angaben der Krankenkassen die Zahl der Arbeitsunfähigen zu steigen. Aus einer Reihe von Städten wird eine Zunahme von Grippefällen gemeldet. Es ist daher wichtig, erneut auf die Vorkehrungsmaßnahmen zur Vermeidung dieser Erkrankung hinzuwirken. Zu diesem Zwecke hat der Hauptverband deutscher Krankenkassen ein Merkblatt herausgegeben, dessen lehrreicher Inhalt auch unsere Leser interessieren wird:

Die Grippe ist eine Krankheit, die auf den Atemwegen in den Körper eindringt. Sie verursacht Schnupfen und Entzündungen der Luftwege, kann aber auch den Verdauungskanal befallen (Darmgrippe) oder Krankheitserscheinungen des Zentralnervensystems auslösen (Gehirngrippe). Gemöhnlich beginnt sie mit Husten, Schnupfen, Kopfschmerzen, Fieber und großer Mattigkeit. Nüchtern wird die Krankheit schon in wenigen Tagen überwunden, bisweilen führt sie zu ersten Folgen wie Lungen- oder Hirnhautentzündung, gelegentlich endet sie sogar tödlich.

Namentlich in der Übergangszeit mit ihrer nächsten Witterung kommt es alljährlich zu gehäuftem Ausbruch von Grippe. Um diese Zeit, aber auch in anderen Jahreszeiten, leben manchmal plötzlich schwere, schnell sich ausbreitende Epidemien ein, die Hunderttausende befallen und arbeitstauglich machen. Dann haben wir es mit den gefährlichen Influenza- oder Grippeepidemien zu tun, die in größeren Zeitabständen die ganze Erde heimsuchen, gegen die Vorbeugung und Abwehr so sehr schwer sind. Die Grippe ist eine ansteckende Krankheit. Der Übertragungsweg der auf den Luftwegen eingebrachten ist, verliert auf der gleichen Straße wieder den Körper. Durch Husten und Niesen wird er herausgeworfen und auf die atmosphärische Umgebung ausgeföhrt, er kann aber auch an Händen und Taschentüchern haften bleiben. Deshalb



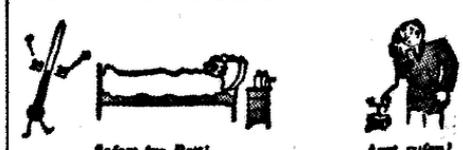
Vorsicht vor Erkälteten, Abwendung von den unmanierlich Zuständen und Niesenden, die nicht vernünftig genug sind, ein Taschentuch vor Mund und Nase zu halten! Deshalb Vermeiden des Händeschüttelns mit solchen, denen die Hand als schlechter Ersatz des Taschentuches gebietet hat; deshalb vermeidet gemeinsame Taschentücher, unterläßt das Küßeln, besonders der Kinder!

Alles das sind Lehren, die schon in gesunden Tagen befolgt werden sollten. Sie gehören zur gesunden ethischen Erziehung ebenso wie Abstrahlung gegen Erkältungen, Sorge für gute Luft in der Wohnung und Sauberkeit in allen



Berichtungen, namentlich in der Küche und vor dem Essen (Händewaschen!).

Wer sich krank und fiebrig fühlt, gehört ins Bett. In seiner Arbeitsstille würde er nur andere gefährden und die eigene Krankheit verschlimmern. Im Bett ist er wenigstens einigermaßen von anderen abgeleitet, hier schont er auch seine angegriffenen Organe. Eine tüchtige Schwitzkur mit heißer Zitronenlimonade und guter Einpackung bringt in manchen Fällen schnelle Besserung. Lassen die Beschwerden aber nicht bald nach, so ist ärztliche Hilfe geboten. Denn der Verlauf einer Grippeerkrankung ist nie vorherzusehen; er bedarf der Überwachung und rechtzeitigen ärztlichen Eingreifens. Kinder und unnütiger Besuch sollten dem Krankenzimmer nach Möglichkeit ferngehalten werden.



Die Genesung schreitet oft nur langsam vorwärts; namentlich dann, wenn der Kranke zu früh das Bett verlassen hat. Appetitlosigkeit, Gliederschmerzen und allgemeine Schlappheit können noch Wochen hindurch bestehen bleiben, selbst Küßfälle mit Bettlägerigkeit treten hin und wieder ein. Daher ist häufig eine Nachbehandlung, die neben Heilmitteln Vorschriften für Ernährung und Lebensweise gibt, und eine gewisse körperliche Schonung am Platze. Erhöhte Schäden werden dann kaum jemals zurückbleiben.

ten müssen, dafür muß man wirtschaftlich und finanziell einmal gerüstet sein, dafür muß man überhaupt erst Boden unter den Füßen haben.

Sollen wir noch einmal den Fehler machen wie im Jahre 1928, an eine Revision heranzugehen in einem für uns ungünstigen Augenblick? Wenn uns aus wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen gar nichts anderes übrig bleibt, als nachher zu neuen Bedingungen zu kapitulieren. Nein, auch hier muß Verantwortung und Mut zur Unpopulartät

und richtige Entscheidung über Umfang und Zeitpunkt allein ausschlaggebend sein. (Bravo!)

Wir sind der Überzeugung, daß es nur möglich ist, den Weg zum Aufstieg vorzubereiten und zu sichern zur völligen Gleichberechtigung Deutschlands, zur Wiedererringung seiner vollen Souveränität und Freiheit, auf dem Wege des Friedens, aber durch eine Politik, die bemußt ins Weite schaut, klare Ziele hat, mutig und männlich ist, aber gleichzeitig auch eine sichere Grundlage für ihre Durchführung sich zunächst einmal im Innern geschaffen hat. In diesem Sinne werden wir arbeiten, in diesem Sinne muß alles, Wirtschaft, Sozialpolitik, Außen- und Innenpolitik, auf einen einheitlichen inneren Kern eingestellt sein.

Das erfordert Opfer.

Wenn die Politik aufhört Agitation und Demagogie zu sein, wenn sie allein diktiert wird von der Verantwortung und von der Wahrheit, und wenn sich möglichst viele Kreise aus ihrer Weltanschauung, aus ihrem Glauben, aus ihrer auch durch die Gewerkschaften innerhalb der Arbeiterbewegung erzeugten Solidarität zum Verantwortungsbewußtsein zusammenfinden, gelingt dieses, gelingt es nicht nur durch gesetzgeberische Maßnahmen, die drakonisch waren und hart waren, nicht nur durch die harten Maßnahmen des Finanz- und Wirtschaftsprogramms, sondern durch die

gemeinsame freiwillige Arbeit

der Berufe und der verschiedenen Schichten im deutschen Volke, die Lösungen, die möglich sind, auch durchzuführen. Dann ist kein Grund der Verzweiflung da.

Gerade aus dieser Not heraus entwickelt ein geistig und körperlich hochstehendes Volk, wie immer in der Geschichte, ganz besondere Kräfte. Diese Kräfte zu entwickeln sind wir in der Lage und sie sind zum Teil entwickelt. Tragen sie das Ihrige dazu bei, woran ich nicht zweifle, weil ich ihre Arbeit und ihr Werk kenne. Mögen ihre Gedanken zur Verantwortung in allen Kreisen des Volkes lebendig werden, und es wird möglich sein, den entscheidenden Punkt möglichen Niederganges des deutschen Volkes zu überwinden, die Bahn frei zu machen allmählich für einen dauernden Aufstieg, für eine bessere und glücklichere Zukunft unseres Vaterlandes, für die Konsolidierung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Dann haben wir nicht nur in Wirklichkeit eine waterländische Pflicht erfüllt, sondern wir haben gleichzeitig auch das Fundament geschaffen, auf dem allein eine gesunde Existenzmöglichkeit einer Arbeiterschaft sich entwickeln kann. Es wird aber möglich sein, zur Stabilisierung eines berechtigten Lebensstandards zu kommen, wenn sie mit uns arbeiten, zu uns das Vertrauen haben, das wir das Beste des ganzen Volkes durch harte, aber notwendige Maßnahmen wollen, und daß wir alle diese Maßnahmen nur treffen, um einen Zusammenbruch, ein Eingehen zu verhindern, und daß unsere heißeste Leidenschaft nur darauf gerichtet ist, dem Vaterlande und allen, die notwendig und so schwach sind, aus der tiefsten Erniedrigung zu einer besseren Zukunft wieder zu verhelfen. (Langanhaltender Beifall.)

Einheitlicher Wahltermin für die diesjährigen Betriebsratswahlen in Rheinland und Westfalen

Die für Rheinland und Westfalen zuständigen Bezirksorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (freie Gewerkschaften), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewaltverband der christlichen Gewerkschaften und Gewaltverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften) und des Gewerkschaftsrings der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (Christlich-Deutsche Gewerkschaften) erlassen nachfolgenden Aufruf an ihre Mitglieder:

Um eine ordnungsgemäße Durchführung der Betriebsratswahlen und der Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat zu sichern, sind in den vergangenen Jahren die Betriebsratswahlen in Westdeutschland möglichst einheitlich in allen Betrieben durchgeführt worden. Auch in diesem Jahre haben sich die drei Gewerkschaftsorganisationen auf einen einheitlichen Termin verständigt und sind übereingekommen, die diesjährigen Betriebsratswahlen in Rheinland und Westfalen in der Zeit vom 23. bis 31. März durchzuführen.

Dementsprechend sind leitens der Betriebsräte und aller an der Durchführung der diesjährigen Betriebsratswahlen beteiligten Kollegen folgende Abmachungen und Termine zu beachten:

I. In allen Betrieben findet spätestens bis Montag, den 23. Februar 1931, eine Betriebsratssetzung statt mit folgender Tagesordnung (wobei die Reihenfolge zu beachten ist):

1. Wahl eines Vorstandes und dessen Vorsitzenden gemäß § 23 BRG.

2. Eintritt der Betriebsvertretung. (In allen Betrieben, in denen die Wahlperiode mit Ende März nicht abläuft, werden die Betriebsratsmitglieder und Ersatzleute aufgefordert, ihr Amt niederzulegen, um die Neuwahl zu dem vorgeschriebenen Termin vom 23. bis 31. März 1931 zu ermöglichen (§ 30 BRG).)

3. Dieser Sitzung ist ordnungsmäßig, rechtzeitig und schriftlich unter Angabe der Tagesordnung, zu laden. Über die Beschlüsse ist regelmäßig abzustimmen. Das Ergebnis der Abstimmung einschließlich des Stimmverhältnisses ist protokollarisch festzulegen (§ 33 BRG).

Kündigung der zentralen Lohnabkommen in der Maßschneiderei

Kurz vor Redaktionsschluss erhielten wir die Kündigung der beiden zentralen Lohnabkommen für die Maßschneiderei. Eine Stellungnahme hierzu kann erst in der nächsten Nummer unserer Zeitung erfolgen. Doch wollen wir heute schon darauf hinweisen, daß die vom Adas gewünschten Verhandlungen wahrscheinlich am 9. Februar noch nicht stattfinden können. Da es den Gewerkschaften nicht zugemutet werden kann, Verhandlungen über zahlreiche Anträge zur Städtegruppierung zu führen, ohne über die Möglichkeit zu haben, eingehendes Material über die wirtschaftliche Lage und die beruflichen Verhältnisse der Orte einzuziehen, die nach dem Wunsch des Adas in eine niedrigere Gruppe versetzt werden sollen.

Wir bringen nachstehend die Anträge des Adas und die Begründung, die denselben beigegeben wurde, im Wortlaut:

Für den Abschluß eines neuen zentralen Lohnabkommens stellen wir folgende Anträge:

1. Herabsetzung der bestehenden Stundenlöhne um 15 Prozent.

2. Herabsetzung des Heimarbeiterzuschlags auf 5 Proz.

3. Gleichstellung des Lohnes des Damen Schneiders mit dem Lohn des Herren Schneiders.

4. Verlegung nachstehender Orte in niedrigere Städtegruppen:

Von Städtegruppe I nach Städtegruppe II: Bonn, Duisburg, Frankfurt a. M.

Von Städtegruppe II nach Städtegruppe III: Mannheim, Wiesbaden.

Von Städtegruppe III nach Städtegruppe IIIb: Baden-Baden, Bielefeld, Chemnitz, Freiburg, Glanbach, Hagen, Halle, Heidelberg, Karlsruhe, Schwabhausen, Offenbach/Main, Herbolzheim, Potsdam, Trier.

Von Städtegruppe IIIb nach Städtegruppe IV: Carlsruhe, Hensburg, Kallining, Umbach, Remscheid.

Von Städtegruppe IV nach Städtegruppe IVb: Krefeld, Frankfurt a. M. Ober, Danab i. d. Pfalz, R. Gladbach, Reichardtshard.

Von Städtegruppe IVb nach Städtegruppe V: Apolda, Brandenburg, Hindenburg, Tattlingen, Vimbarg.

Von Städtegruppe V nach Städtegruppe VI: Hirschberg, Grotz, Stenbal.

Von Städtegruppe VI nach Städtegruppe VII: Schwaga, Glatz.

5. Einbeziehung von Saachbäden in die zentrale Lohnregelung unter Einbeziehung in Städtegruppe IIIb.

Unsere Anträge auf Lohnherabsetzung begründen wir in erster Linie mit der außerordentlichen Notlage unseres Gewerbes. Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß die Verbraucherkraft nicht mehr in der Lage ist, die durch die hohen Anfertigungskosten der Bekleidungsstücke mitbedingten hohen Preise anzulegen und daß demzufolge der Resthaltungsanspruch in der Maßschneiderei in kaum mehr zu überbietender Weise zurückgegangen ist. Wenn es nicht ermöglicht werden kann, die Preise den Wünschen des Publikums anzupassen, ist eine Verletzung des Geschäfts und eine Behinderung der geschäftlichen Tätigkeit der Gewerkschaften ausgeschlossen. Daher muß zu der notwendigen Preisreduktion neben anderen Faktoren auch eine Ermäßigung der viel zu hohen Stundenlöhne erfolgen, die umso mehr gerechtfertigt ist, als im Laufe des vergangenen Jahres die Inbeziehung der Lebenshaltungskosten ganz bedeutend gestiegen sind. Auch in anderen Berufen und Gewerben ist man in Erkenntnis der Dinge bereits zu Lohnherabsetzungen geschritten und hat die Auffassung, daß gerade unser Gewerbe mit in erster Linie Anspruch auf Erleichterung seiner Notlage hat. Außerdem muß festgestellt werden, daß heute vielfach bereits zu wesentlich niedrigeren Löhnen, als sie tariflich festgelegt sind, gearbeitet wird, insbesondere bei Aufhängerern, was eine ganz und gar ungerechtfertigte Benachteiligung für unsere Mitglieder bedeutet.

Den Antrag auf Herabsetzung des Heimarbeiterzuschlags begründen wir mit dem Umstand, daß mit Ausnahme der Meiste, die in den meisten Fällen keine ausschlaggebende Rolle spielt, alle Bedarfsgegenstände im Preise herabgegangen sind und aus diesem Grunde die Aufwen-

dungen der Heimarbeiter für ihre besonderen, durch die Heimarbeit bedingten Belastungen eine erhebliche Minderungs erfahren haben, daß die Herabsetzung des bisherigen Prozentsatzes durchaus gerechtfertigt ist. Auch darauf möchten wir ganz besonders hinweisen, daß die Heimarbeiter, wenn sie für Privatkunden arbeiten, Preise machen, die weit unter dem Lohn liegen, der ihnen für die Anfertigung eines Stückes von ihrem Arbeitgeber bezahlt werden muß. Wenn die Heimarbeiter bei der Beibehaltung von Privatkunden Betriebsausfällen überhaupt nicht in Anrechnung bringen, so können sie gerechtfertigter von ihren Arbeitgebern nicht einen derart hohen Aufschlag verlangen, als er zurzeit festgesetzt ist.

Bezüglich der Forderung, den Lohn des Damen Schneiders dem Lohn des Herren Schneiders gleichzustellen, bemerken wir, daß die Anforderungen, die früher an den Damen Schneider gestellt wurden, in gar keinem Verhältnis mehr zu den Anforderungen liegen, die auf Grund der heutigen Mode in Betracht kommen. Die Arbeit ist gegen früher eine so leichte geworden, daß der zurzeit noch übliche zehnprozentige Sonderzuschlag für den Damen Schneider keine Berechtigung mehr hat und daher angesichts der heutigen Notlage der Betriebe abgelehnt werden muß.

Unsere Anträge auf Verlegung verschiedener Orte in niedrigere Städtegruppen sind nicht neu. Schon seit Jahren vertreten wir die Auffassung, daß eine ganze Anzahl von Orten zu hoch eingestuft und daß eine anderweitige Einreihung derselben unabdingbares Erfordernis ist. Unsere diesbezüglichen Anträge wurden aber immer wieder zurückgestellt, lassen sich jedoch angesichts der heutigen Lage nicht mehr länger hinauszögern. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich an den Orten, für welche wir eine Verlegung beantragen, ganz besonders schwer ausgewirkt, so daß sie in die Gruppen, in welchen sie sich zurzeit befinden, absolut nicht mehr hineingehören und deshalb herabgesetzt werden müssen. Bezüglich Saarbrücken bemerken wir noch, daß dort die Verhältnisse nunmehr so gefestigt erschienen, daß die Wiederbeziehung dieses Ortes in die zentrale Lohnregelung keine Schwierigkeiten mehr bieten kann.

Weitere Begründungen für unsere Anträge behalten wir uns für die mündlichen Verhandlungen vor, für die wir als Beginn Montag, den 9. Februar 1931 vorschlagen. Als Tagungsort ist bereits Berlin in Aussicht genommen.

Wir bemerken hierzu, daß wir absichtlich einen sehr frühen Termin für den Beginn der Verhandlungen vorschlagen, weil der Abschluß eines neuen Lohnabkommens unter allen Umständen bis zum 28. Februar fertig sein muß. Wir wären im Falle einer Hinauszögerung der Verhandlungen nicht in der Lage, irgendeiner Verlängerung des bestehenden Lohnabkommens zuzustimmen, sondern müßten es unseren Mitgliedern, falls bis zum 28. Februar kein Neuaufschlag vollzogen wäre, überlassen, nach ihrem Gutdünken die Lohnfrage zu regeln.

Schließlich beantragen wir noch, zwischen den beiderseitigen Hauptvorständen neuerdings Beratungen über die Einführung von Doppeltarifen zu pflegen und schlagen vor, diese Beratungen gelegentlich unserer demnächstigen Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnabkommens stattfinden zu lassen.

Unsere Mitglieder drängen immer stärker auf die Schaffung einer diesbezüglichen tariflichen Abmachung und droht uns mit auferzähliger Regelung, wenn eine Vereinbarung nicht zustande kommt. Wir sind nun der Auffassung, daß es auch im Interesse Ihrer Mitglieder viel zweckmäßiger ist, die Angelegenheit tariflich zu regeln, als die Willkür der einzelnen Betriebe zu überlassen. Aufhängerer trägt sich diese Frage nicht mehr, da die Verhältnisse einseitig geungen sind, die Möglichkeit zu haben, Bekleidungsstücke für weniger anpreisenswerte Kunden, welche die normalen Preise nicht bezahlen wollen bzw. können und auch mit billigeren Stoffen sich begnügen, in einem niedrigeren Tarife herstellen zu lassen. Angesichts der vorhandenen großen Arbeitslosigkeit der Maßschneider ist es doch entschieden richtiger, tarifliche Möglichkeiten für derartige Fälle zu schaffen, als die Betriebe dazu zu zwingen, daß sie solche Bekleidungsstücke an Heimarbeiter hinausgeben, die bereit sind, zu einem entsprechenden festen Gesamtpreis die Anfertigung zu übernehmen oder sie auswärts oder von Kleinmeistern anfertigen zu lassen, immer zum Schaden ihrer Mitglieder. Unser Antrag geht dahin, daß es Betrieben, deren Kundenkreis in Bezug auf die Anfertigung verschieden hohe Ansprüche stellt, gestattet sein soll, bis zu 80 Prozent ihrer Produktion nach einer niedrigeren Ortslohnklasse mit dem für diese geltenden Lohnsätze arbeiten zu lassen. Nähere Erläuterungen hierzu werden wir Ihnen bei den Beratungen geben.

II. Am Tage nach der Betriebsratssetzung wird in allen Betrieben, in denen die Betriebsräte und Ersatzleute zurückgetreten sind, dieser Rücktritt der Vertretung schriftlich mitgeteilt. Gleiches erfolgt schriftlich Mitteilung an den Arbeitgeber über die erfolgte Bestellung des Wahlvorstandes unter Nennung von dessen Vorsitzenden und Mitgliedern (§ 23 BRG).

Endlich wird der Betriebsrat noch bekanntzugeben, daß der zurückgetretene Betriebsrat gemäß § 43 BRG bis zur Bildung des neuen Betriebsrates im Amt bleibt.

III. Am Montag, den 2. März 1931, wird ein den gesetzlichen Vorschriften entsprechendes Wahlauschreiben erlassen (§ 8 der Wahlordnung).

IV. Gemäß den Beschlüssen der Spitzenorganisationen sollen grundsätzlich gemeinsame Listen der einzelnen Organisationsrichtungen nicht aufgestellt werden. Bei der Listenaufstellung und der Wahl geht also jede Gewerkschaftsrichtung selbständig vor, bescheiden im Wahlkampf, der in offener und freier sachlicher Weise zu führen ist.

V. Nach sorgfältiger Erlebung aller Vorbereitungen finden die Wahlen in der Zeit vom 23. bis 31. März 1931 statt.

VI. Allen Beteiligten wird es zur dringenden Pflicht gemacht, die gesetzlichen Bestimmungen genau zu beachten.

VII. Ueber die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erhalten die neuen Betriebsräte nötigenfalls rechtzeitig besondere Richtlinien.

Nach dem Gesagten sind bei der Durchführung der diesjährigen Wahlen folgende Termine besonders zu beachten: Montag, den 23. Februar 1931:

Betriebsratssetzung.

1. Wahl des Vorstandes und Ernennung des Vorsitzenden dieses Wahlvorstandes durch den alten Betriebsrat.

2. Rücktritt des alten Betriebsrates. Montag, den 2. März 1931:

Aushängen des Wahlauschreibens und Auslegen der Wahlzettel.

Donnerstag, den 5. März 1931:

Letzter Tag des Einpruches gegen die Wahlzettel.

Montag, den 9. März 1931:

Letzter Tag zur Einreichung der Vorschlagslisten.

Montag, den 16. März 1931:

Aushängen der Vorschlagslisten

Montag, den 23. März 1931:

Wahltag.

Die Verhandlungen in der Herrenkonfektion gescheitert

Am 27. Januar fanden in Berlin die Verhandlungen für die Herrenkonfektion statt, die durch die Kündigung des gesamten Vertrages durch den Arbeitgeberverband der Deutschen Herren- und Anbenderfabrikanten notwendig wurden. Beide Parteien waren mit einer Reihe

Anzahl Vertreter erschienen. Wer allerdings auf eine ausreichende Begründung der Arbeitgeberforderungen wartete, wurde bei der Verhandlung enttäuscht. Der Sprecher des Arbeitgeberverbandes, Herr Dr. Koppelt, hat die Arbeitgeberforderungen lediglich damit begründet, daß zur Aufrechterhaltung der Produktion ein Abbau notwendig sei. Angesichts der großen Widerstände bei den Arbeitnehmern gab er die Erklärung ab, daß die Arbeitgeber die Forderung, den kommenden Reichsarbeitsvertrag grundlegend neu aufzubauen zurückziehen. Aufrechterhalten bleiben jedoch alle anderen Anträge. Bei Verhandlungsbeginn wurden von den Arbeitgebern weitere Anträge überreicht.

Eine sachliche Begründung wurde in der Verhandlung arbeitgeberseits nicht gegeben. Die Vertreter der Arbeitnehmer, u. a. von unserem Verbande die Kollegen Boeder und Köppler, haben in längerer Darlegung die Unhaltbarkeit der Arbeitgeberanträge dargelegt und betont, daß der gegenwärtige Tarif nach vielen Seiten verbesserungsbedürftig sei. Im wesentlichen wurde die Notwendigkeit der Seiten-Stärkung angeprochen. Trotz wiederholter Aufforderung sind die Arbeitgeber einer positiven Erklärung ausbleiben. Genaugenommen haben sie zu den Arbeitnehmeranträgen distanzieren. Sie hielten unverändert an ihren Abauforderungen fest. In der Verhandlung bereits am ersten Tage gescheitert sind. In Uebereinstimmung der Vertragsparteien soll nunmehr das Reichsarbeitsministerium ersucht werden, einen Schlichter zur Beilegung des Tarif- und Lohnstreites zu benennen.

Tarifikündigungen

Wäschebranche Wuppertal:
Die Arbeitgeber kündigten den gesamten Tarifvertrag zum 28. Februar. Ihre Forderungen lauten auf 10 Prozent Lohnabbau und Verschlechterung der Ferienbestimmungen.

Kramattenindustrie am Niederrhein:
Das Lohnabkommen für technisches Personal vom Arbeitgeberverband der Rheinischen Kramattenindustrie zum 15. Februar mit der Forderung auf Lohnreduzierung bis zu 20 Prozent gekündigt. Für Zulohner beträgt die beantragte Lohnkürzung 10 Prozent. Ebenfalls kündigte der Arbeitgeberverband den Manteltarif zum 31. März.

Wäscheindustrie:
In Koblenz wurde das Lohnabkommen zum 28. Februar gekündigt. Die Schneiderinnung Bochum kündigte den Tarifvertrag mit Ablauf zum 28. Februar.

In Köln
wurde von der Innung der Lohnstarif für Damen- Schneider und Schneiderinnen mit Ablaufstermin am 28. Februar gekündigt. Die Innung forderte eine Lohnminderung von 15 Prozent.

Modistinnen:
Der Modistinnen-Tarif für Düsseldorf ist zum 28. Februar von den Arbeitgebern gekündigt worden. Forderungen liegen noch nicht vor.

Küchener Köln
Die Arbeitgeber haben das Lohnabkommen zum 31. Januar gekündigt. Verhandlungen haben stattgefunden, führten jedoch noch zu keiner Einigung.

ORTSGRUPPENBERICHTE

Ingoburg. Unsere Generalversammlung fand am 12. Januar statt. Sie war von 73 Mitgliedern besucht. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Kaab, den Kassenericht Kollege Heidenreich. Der Bericht gab ein erfreuliches Zeichen seines Zusammenhaltens auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten. Die Ortsgruppe hat sich trotz der vielen Entlassungen und der harten Arbeitslosigkeit gehalten. Eingehend wurde über den derzeitigen Stand der Tarife berichtet. In den meisten Branchen versuchen die Arbeitgeber Verschlechterungen in die Tarife zu bringen. Das begonnene Jahr wird die Gewerkschaften erneut auf harte Proben stellen. Ein festes Zusammenhalten ist deshalb auch für die Zukunft erste Voraussetzung für erfolgreiches Schaffen in der Ortsgruppe. Die Wirtschaftskrise wird von den Arbeitgebern dazu benutzt, die Tarife möglichst einseitig nach ihrem Willen zu gestalten. Soweit die Tarife nicht schon gekündigt waren, wurden diese zum größten Teil zum Jahresabschluss gekündigt. Ein Lohnabbau von 15 und mehr Prozent wird gefordert. Das Jahr 1931 wird uns harte Aufgaben stellen. Einmütigkeit, Opferbereitschaft und Solidarität wird uns das Erreichte über die Krise hinweg erhalten.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln sich in neun Tarifverträgen; davon vier Reichs-, ein Bezirks- und fünf Ortsstarife. Zur Wahrnehmung der tarifpolitischen Interessen mußten 27 Termine und Verhandlungen wahrgenommen werden. Durch die Reichsstarifpolitik konnte den Mitgliedern ein Betrag von 920 Mk. gesichert werden. In Versammlungen wurden eine Generalversammlung, 14 Mitgliederversammlungen, 8 Vorstandssitzungen, 10 Betriebsversammlungen, 3 Branchensitzungen, 2 Jugendversammlungen und 10 sonstige Versammlungen abgehalten. Die Mitgliederversammlungen wiesen durchschnittlich 42 Teilnehmer auf.

Die Bildungsabende des Bezirksstarifs wurden von unseren Mitgliedern ruge besucht. Ein Rednerkurs der Arbeitgemeinschaftsverbände fand gute Aufnahme. Die Beteiligung seitens unseres Verbandes ist relativ gut.

Im Berichtsjahre konnte die Ortsgruppe auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. In einem Familienabend anlässlich der Bezirkskonferenz, die in Ingoburg stattfand, wurde dieses Jubiläum feierlich gefeiert.

Der Bericht des Kassierers zeigte trotz der ungünstigen Wirtschaftslage eine gute Entwicklung der Kassenverhältnisse. Die Revisoren berichteten über musterhafte Führung der Kasse und der Bücher. Die Entlastung erfolgte einstimmig.

Durch die Wahl, die fast einstimmig getätigt wurde, wurden die Kollegen Jaquet erster und Bronner zweiter Vorsitzender, Feldbreich erster und Hagenrich zweiter Kassierer, Härtlich erster und Brand zweiter Schriftführer.

Mit einem Appell zur tatkräftigen Mitarbeit und der Bitte, die Verbandsleitung in ihrer verantwortlichen Arbeit, die doch nur im Interesse unseres Standes und der Berufskollegen geleistet wird, zu unterstützen, schloß der Vorsitzende die glänzend verlaufene Generalversammlung.

Münster. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 18. Januar statt. In Vertretung des Vorsitzenden, der wegen Krankheit verhindert war, an der Versammlung teilzunehmen, hatte Kollege Drewer die Leitung übernommen. Kollege Frenking gab den Kassenericht. Nachdem die Kassenerisoren über die Prüfung der Kasse berichtet hatten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf gab Kollege Kaab den Jahresbericht, woraus zu erkennen war, daß auch im Jahre 1930 der Verband das Beste getan hatte, die Rechte seiner Mitglieder in allen vorkommenden Angelegenheiten zu wahren. Persönlich mußte beim Arbeitsgericht Klage geführt werden wegen rückständiger Löhne oder auf Einhaltung der Tarifverträge. Insgesamt wurden eingeklagt 877 Mk., hiervon wurden bereits ausgezahlt 383 Mk. Der übrige Betrag liegt noch aus. Außerdem wurde durch Verhandlungen erreicht, daß 565 Mk. nachgezahlt wurden. Die Gesamtschulden der nachzufordernden Summe betrug im vorigen Jahre 1442 Mk. Welche Summen im allgemeinen unseren Kolleginnen und Kollegen an Arbeitslöhnen verloren gehen würden, wenn der Verband nicht wäre, geht zur Genüge aus diesen Zahlen hervor.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Heidenreich als erster Vorsitzender einstimmig wiedergewählt, ebenfalls Kollege Frenking als Kassierer. An Stelle des bisherigen ersten Schriftführers wurde Kollege Hinderbach gewählt. Nachdem die Wahl der übrigen Mitglieder des Vorstandes erfolgt war, richtete Kollege Kaab an die Anwesenden die dringende Bitte, auch in Zukunft dem Verbande die Treue zu halten und in Gemeinschaft mit der Verbandsleitung an dem weiteren Ausbau unserer Berufsorganisation mitzuwirken. Hierauf dankte Kollege Drewer allen Mitarbeitern und schloß die gutverlaufene Versammlung.

Münster. Unsere Generalversammlung fand am 14. Januar statt. Diese war einen guten Besuch auf. In dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden spiegelte sich die rege gewerkschaftliche Tätigkeit der Ortsgruppe wieder. Den Kassenericht gab Kollege H. K. K. Einmütig wurde die Entlastung erteilt. Für die im Interesse der Mitglieder geleistete Arbeit wurde der Vorstandsschicht Dank und Anerkennung ausgesprochen. Die Neuwahl ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsschicht.

Als ein besonderes Ereignis galt die Ehrung des Kollegen Mederer für 25jährige Mitgliedschaft. Vom Vorstandes die fiberne Gewerkschaftsmedaille und ein Glückwunschschreiben überreicht. Ebenfalls ließ die Ortsgruppe ein kleines Geschenk übergeben. Der Vorsitzende hob ganz besonders die großen Verdienste des Jubilars um die Ortsgruppe hervor. Der Kollege Mederer ist nicht nur 25 Jahre Mitglied des Verbandes, sondern auch ebenso lange Mitarbeiter. Bezirksleiter, Kollege K. a. a. b. sprach dem Jubilär ebenfalls die Glückwünsche aus. Mögen sich alle Mitglieder, besonders aber die jüngeren Kollegen, an dem Jubilär ein Vorbild nehmen. Kollege Mederer scheute nie Mühe und Opfer, wenn es galt für den Berufserwerb und dadurch für die Interessen der Mitglieder einzutreten.

Der Jubilär dankte für die ihm zmeigene Ehrung. Er versprach, auch ferner für die Organisation zu arbeiten. Ohne starke christliche Gewerkschaftsbewegung würden wir wieder in die Verhältnisse vor 25 und 30 Jahre zurückgeführt werden. Ein Vergleich mit der damaligen und heutigen Zeit gibt uns am besten Aufschluß über die gewerkschaftlichen Erfolge.

Kollege Kaab referierte dann über „Rückblick und Ausblick“. Er behandelte die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres. Das Jahr 1930 fand in Zeichen einer starken Wirtschaftskrise. An den Arbeitslosenlisten gemessen steigerte sich diese zum Schluß des Jahres ganz besonders. Viele Arbeitgeberkreise glauben die Wirtschaftskrise für Tarifverschlechterungen auszunutzen zu können. Keiner gedenkt jedoch ein Bild über den Stand der Tarife in den verschiedenen Branchen. Das begonnene Jahr, werden die Gewerkschaften von schwierigen Aufgaben stellen. Es gilt daher, die Berufsorganisation weiter auszubauen und sie so festigen. An uns selbst wird es liegen, wie die hinfälligen Tarife gekündigt werden. Rege Mitarbeit in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung wird uns die bisherigen Verträge auch über die Krisenzeit hinweg erhalten. Mederer dankte allen Mitgliedern, besonders aber der Vorstandsschicht, für die im Interesse der Bewegung geleistete Arbeit und bat, auch in der Zukunft nicht zu erlahmen.

Vorsitzender, Kollege Obenauf, berichtete hierauf über die Tarifverhandlungen für die Wäschebranche. Die weitgehenden Forderungen der Arbeitgeber konnten in der Ausnahme einiger kleineren Verschlechterungen in der Arbeitslohnberechnung und einer Kürzung des Stundenlohnes um 2 Pf. abgewehrt werden. Der viel umkämpfte Urlaub konnte in der bisherigen Höhe erhalten werden. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende die gutverlaufene Generalversammlung.

Philipp Wolf †

Wichtigster Tod des verdienten Jugendführers

Am Sonntag, den 25. Januar, kurz nach der großen Versammlung in der Köliner Meßhalle, erlitt der allgemein beliebte und geachtete Führer der Köliner christlichen Gewerkschaftsjugend, Philipp Wolf, einen Herzschlag, der den sofortigen Tod herbeiführte. Wolf hatte bei der Vorbereitung und Durchführung der Versammlung noch tatkräftig mitgewirkt. Insbesondere hatte er sich um den glänzenden Aufmarsch der christlichen Gewerkschaftsjugend bei der Versammlung verdient gemacht. Der Tod des Dreißigjährigen, der nie Krankheit kannte, bildet einen tragischen Abschlus der Versammlung und erschütterte alle, die seiner Zeuge wurden, aufs tiefste.

Philipp Wolf war ein Idealgestirnt, seiner Sache mit glühendem Herzen und heiligem Eifer ergebener Führer der Jugend in den Gewerkschaften, ein außerordentlich aktiver Mitarbeiter in den Windthorstverbänden, ein Getreuer, der in der katholischen Jugendbewegung seinen Mann stellte. Das Bezirksstarif der christlichen Gewerkschaften in Köln beklagt in dem Lösen den Verlust eines tüchtigen, gewissenhafter und fleißigen Angestellten.

Die Trauer der vielen Anhänger und Freunde Wolfs ist allgemein und aufrichtig. Möge der aus dem besten Mannesalter hinweggeraffte in Frieden ruhen. Sein Leben war kurz, aber es galt einer großen christlichen Idee, der er dienste bis zum letzten Atemzuge. In den Selen ist er gestorben.

Fristenverlängerung der Krisenfürsorge

Die Zahl der durch die Gemeinden unterstützten Wohlfahrtsverbandslosen hat auch im Dezember weiterhin zugenommen. Um angehts dieser Verhältnisse den Gemeinden auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge eine gewisse Entlastung zu gewähren, haben sich der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister einverstanden erklärt, daß für Arbeitslose, die am 3. November 1930, d. i. dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der letzten Neuordnung der Krisenfürsorge, bereits in dieser Fürsorge standen, die frühere Höchstbezugsbauer von 30 oder 52 Wochen bis zum 28. März d. J. weiter gilt. Auf diesen Zeitpunkt sind somit die Ablaufsfristen, die für den 17. und 24. Januar d. J. vorgelesen waren, verschoben worden, wodurch den Gemeinden ein Teil der ihnen sonst schon zufließenden Fürsorgekosten noch abgenommen bleibt. Hauptsächlich ist bis Ende März abzuahn eine Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen.

Beitragsleistung

Der 7. Beitrag iställig für die Woche vom 2. bis 14. Februar, der 2. für die Woche vom 15. bis 21. Februar.

GEDENKTAFEL



Es starb unser treues Mitglied
Peter Koppenev, K. a. b. n.
Wir werden dem lieben Verstorbenen stets ein
edlenes Andenken bewahren.

Private Zuschneide-Schulen der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland u. Westfalen Sitz Köln

Erstkl. Ausbildung in der Damen- und Herrenschneiderei durch neuzeitlich eingestellten Unterricht / Beginn neuer Kurse an jedem 1. u. 16. im Monat. Schnellkurse nach Uebereinkunft / Verlag von Modenblättern, Fachzeitschriften, Lehrbüchern, Schnittmuster - Versand

Prospekte gratis durch die Geschäftsstellen:

Schule Köln, Neumarkt 27-29
„Rundschau“ Fachlehranstalt
Wuppertal-Eibfeld, Luisenstr. 18-20

Die Moden-Rundschau

Beste und billigste Fachzeitschrift

für jeden Meister und Zuschneider sowie für jeden Schneider und Schneiderin. Dasselbe wird vom Verband der Zuschneider, Zuschneiderinnen und Direktinnen, Sitz Hamburg, herausgegeben. Sie kostet im Jahresabonnemnt

5,00 Mk. im Jahr

Schonmal im Jahr erscheint ein Doppelheft! Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß wir unter Mitwirkung bester Fachleute in dem kommenden Jahr die Fachabend-Edte in der Zeitschrift noch wesentlich besser ausgestatten werden. Kein Schneider und keine Schneiderin sollte verpassen, die Zeitschrift zu bestellen. Preis für Mitglieder der Verbände Mk. 3,00

Bestellungen sind zu richten

Verlag: Die Moden-Rundschau, Hamburg II
Admiralstraße 101